

... hätte, hätte Lieferkette

Manchmal ist sie weg, auch ohne Corona. So gab es schon vor der Krise Lieferschwierigkeiten von Medikamenten für Operationen, Blutdruck usw. Die Deutschen Krankenkassen hatten zu erfolgreich die Preise gedrückt und die Hersteller in China und Indien hatten dann weniger Eifer bei der Lieferung.

Wirtschaftsexperten haben sich vor Begeisterung über globale Lieferketten kaum halten können. Es bot die Möglichkeit an globalen Märkten teilzunehmen, fortschrittlichste Technologie und Arbeitsbedingungen bzw. Lohnkosten zu regionalen Gegebenheiten zu nutzen oder noch darunter und den Zugriff auf die Rohstoffe der Welt zu haben. Die „globale Arbeitsteilung“ sah dann für Deutschland den Maschinenbau und die Autoindustrie vor. Wenn in Deutschland eine Produktion ausgereift war, dann konnten im Ausland auch die günstigeren Arbeitskräfte die Produktion z.B. in den mexikanischen Maquiladoras fortsetzen. Der Verlust inländischer Arbeitsplätze wird durch erhebliche Exportüberschüsse und einen eigenen großen Sektor prekärer Beschäftigungen aus dem Blickfeld gerückt.

Die Schinderei in den Fabriken verschwindet im Produkt und lange Lieferketten haben den Blick auf die Lebensverhältnisse im globalen Süden verborgen. Die Politik versucht in Teilen den Ball in Kinderarbeit sehr flach zu halten, wenn es um die Forderung nach Durchsetzung der ILO-Arbeitsrechte geht. Ein „verbindlicher Vertrag“ der UNO für die Menschenrechte von Beschäftigten von transnationalen Unternehmen und ein nationales Lieferkettengesetz der Minister Heil und Müller geht wegen Corona gerade garnicht, so die Regierung als Ganzes.

Für die Bevölkerungen bietet dieser Welthandel ansonsten eine Versorgung mit billigeren Gütern einerseits und die Konkurrenz des einzelnen „Arbeitsplatzinhabers“ mit allen anderen Arbeitswilligen und -fähigen weltweit. Die Wachstumsraten des globalen Handels sehen dabei beeindruckend aus, aber wenn man eine Fabrik abbaut und sie auf der anderen Seite der Grenze wieder aufbaut, weil dort niedrigere Lohnkosten herrschen, dann gibt es eben einen zusätzlichen Investitionsstrom dorthin und einen gewachsenen Warenstrom zurück. Damit ist zwar das Handelsvolumen gestiegen, aber das Sozialprodukt der beiden Länder zusammen nicht gewachsen, die Lohnsumme gesunken, und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind gestiegen – darum geht es doch.

Die aktuelle Krise zieht den Schleier weg und zeigt die Verletzlichkeit der Verhältnisse, auf die wir offensichtlich zu Unrecht vertrauten und die vielleicht auch noch mit Gewalt gestützt werden müssten. Alt-Bundespräsident Köhler war Ende Mai 2010 zurückgetreten, als er auf die Notwendigkeit militärischer Einsätze zum Schutz der Lieferketten hinwies und sich zu Unrecht dem Vorwurf ausgesetzt sah, gegen die Verfassung zu verstoßen. *„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen*

zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Es wird wieder sozusagen Todesfälle geben. Nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. [...] Man muss auch um diesen Preis sozusagen seine am Ende Interessen wahren. [...]“ – Horst Köhler: 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem [Deutschlandradio](#)[45]

Neun Jahre später gewinnt die Debatte um den Schutz von Handelswegen am Horn von Afrika nochmal an Fahrt. Waren die Grünen an der heftigen Kritik beteiligt, die zu Köhlers Rücktritt führte, so äußert sich Grünen-Chef Robert ***Habeck*** so: *“Wenn alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft sind, können wir uns eine Beteiligung Deutschlands an einer europäischen Mission vorstellen, wenn das hilft zu deeskalieren und es eine klare Rechtsgrundlage gibt. Deutschland muss ***in Verantwortung gehen*** und mithelfen, dass Europa 'weltpolitikfähig werden' kann.”*

-> <https://www.welt.de/politik/deutschland/article197897825/Europaeische-Golf-Mission-Robert-Habeck-kann-sich-deutsche-Beteiligung-vorstellen.html>

-> <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-koehlers-vermaechtnis-1.4554833>

Einige grüne (und entscheidende) Landesverbände unterstützen die anstehende Ratifizierung des Handelsabkommens mit Kanada. Das treibt die Begünstigung privater Interessen nicht nur durch den Investitionsschutz voran und beschränkt die von Habeck geforderte Handlungsfähigkeit der deutschen Politik. Soll die Bundesrepublik sich nun für die Probleme der Welt stärker machen – Erderwärmung, Raubbau und Ungleichheit – oder militärisch für transnationale Konzerne und Lieferketten, die im Zweifel nicht liefern?

Klaus Berger, Walter Gröh, Alfred Zinke

April 2020